

# MAGAZIN Corona-Berichterstattung

## Wir alle haben das Wort

Dieser Text ist ein Angebot, gemeinsam über das manchmal schwierige Verhältnis zwischen Medien und ihrem Publikum nachzudenken.  
Ein durchaus selbstkritisches Angebot

Von Stephan Hebel

Die folgenden Überlegungen richten sich ausdrücklich auch an diejenigen, die uns zu verstehen geben, dass sie sich und ihre Wahrnehmung der Welt in der Berichterstattung der FR und anderer Medien nicht wiederfinden. Woran könnte das liegen? Ein paar Erklärungsversuche am Beispiel Corona.

Die fundamental Unzufriedenen mögen eine Minderheit sein, in der Gesellschaft wie unter den Leserinnen und Lesern der FR. Die vielen freundlichen, zustimmenden, ergänzenden oder auch konstruktiv kritischen Zuschriften sprechen dafür. Aber das ist kein Grund, sich nicht mit denjenigen auseinanderzusetzen, die nach eigenem Bekunden das Vertrauen in „die Medien“ zu verlieren drohen oder bereits verloren haben. Die, so schreiben manche, zu glauben beginnen, dass bestimmte Meinungen, Perspektiven und auch Fakten gezielt aus der Berichterstattung ausgegrenzt und andere überbetont würden.

Es wird niemanden wundern, dass aus der Sicht eines Redaktionsmitglieds derart fundamentale Urteile unberechtigt erscheinen. Aber zum Anlass für eine selbstkritische Bilanz taugen sie allemal. Eine Bilanz, die vielleicht hilft, auch die Zweifelnden wieder vom Wert (und den Werten) der „etablierten“ Medien zu überzeugen.

Die Rede ist hier nicht von denjenigen, die mit Reichsfahnen durch Berlin marschieren. Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus können nicht Gegenstand des freundlichen Austauschs sein, sie sind zu bekämpfen. Sicher vom Staat und seinen Behörden, sicher von antifaschistischen Initiativen in der Zivilgesellschaft, aber eben auch von Medien, die sich der Demokratie und dem Rechtsstaat verpflichtet fühlen. Ganz sicher sind Zeitungen nicht dazu da, der Verachtung von Rechtsstaat und Demokratie eine Plattform zu bieten.

Aber es gibt eben auch die anderen. Menschen, die – um beim Thema Corona zu bleiben – sicher keine Reichsfahne in die Hand nehmen würden, die aber sehr wohl dabei sein wollen, wenn gegen die Corona-Politik der Regierenden protestiert

wird. Oder Menschen, die zwar nicht dabei sind, aber den Unmut über die Einschränkungen teilen. Oder auch solche, die einfach nur meinen, der mediale Fokus auf die rechtsradikale Minderheit gehe auf Kosten einer fairen Berichterstattung über die Mehrheit der friedlich Demonstrierenden und ihrer legitimen Argumente.

Am Tag nach der Berliner Demonstration Ende August und den Auseinandersetzungen am Eingang zum Reichstagsgebäude erschien die FR-Titelseite mit der Schlagzeile „Wohin wollen sie?“, einem Foto, auf dem auch Reichsfahnen zu sehen waren, und einer kurzen Einschätzung, die dann weiter hinten im Leitartikel ausführlich begründet wurde: „Bei den Demonstrationen gegen die Corona-Regeln marschierten zweifelnde Bürger gemeinsam mit Rechtsextremen und Anhängern von Verschwörungsmysmen. Der Debatte über den Rechtsstaat schaden sie alle.“

Daraufhin gab es neben positiven Zuschriften auch kritische Stimmen. Eine

langjährige, der FR grundsätzlich gewogene Leserin schrieb in einer persönlichen Mail, sie habe sich zum ersten Mal so richtig über „meine Zeitung“, wie sie es nannte, geärgert. „Auch die FR hat auf der Titelseite dem Bild der Reichsfahnen vor dem deutschen Parlament zur geflissentlichen Verbreitung verholfen! Genau das war die Absicht der Rechten!“

Dieser Einwand war zum einen schon deshalb bedenkenswert, weil er sachlich und ohne das Unterstellen böser Absichten formuliert war. Zum anderen hat die Leserin aus Sicht der FR-Redaktion in einem Punkt durchaus Recht: Der so genannte „Sturm“ auf den Reichstag stand so stark im Mittelpunkt der Berichterstattung, dass die Auseinandersetzung mit der friedlichen Mehrheit der Demonstrierenden in der Berichterstattung zu kurz kam. Auch in der FR, obwohl der Leitartikel dann die Legitimität des Protests gegen bestimmte Corona-Maßnahmen ausdrücklich bejahte. Ob die Auseinandersetzung

mit den Reden auf der friedlichen Rundgebung positiv ausgefallen wäre, ist allerdings eine andere Frage.

An einer grundlegenden Einschätzung ändert sich bei all dem nichts: Wer in Berlin mildemonstrierte, konnte wissen, dass Geschichtslügner und Faschisten ihre Anhängerinnen und Anhänger mobilisiert hatten. Und entgegen mancher Legende von den braven Bürgerinnen und Bürgern, die das Ganze organisierten, fanden sich in deren Veröffentlichungen deutliche Anklänge an die Rhetorik der Rechtsradikalen (auf den Gebrauch des Wortes „Systemmedien“, das klar in der Tradition nationalsozialistischer Propaganda steht, wurde am Tag danach bereits im FR-Leitartikel hingewiesen).

Deshalb erscheint aus Redaktionssicht und nach reiflicher Überlegung die erwähnte Titelseite auch jetzt noch gerechtfertigt. Die FR-Redaktion war (und ist) der Meinung, dass nicht das Abbilden der lauten, faschistischen Minderheit ein Problem

ist, sondern die Tatsache, dass Tausende mit, neben und hinter den fahnenschwingenden Demokratie-Verächtern marschierten, ohne sich gegen sie zu wehren.

Ein anderer Leser, schon deutlich weniger sanft im Ton, nannte die Berichterstattung „tendenziös“ und „vermutlich regierungsnah“. Er urteilte: „Sorgfältige abgewogene Berichterstattung? So jedenfalls nicht“, und er fügte als „alternative Informationen“ zwei Links bei. Der eine führte zu einem Youtube-Video, das die Menschen am Reichstags-Eingang zeigt, manche deutlich erkennbar die Reichsfahne schwenkend. Im Text zu dem Film hieß es: „Demonstranten hatten nur Handys sowie Fahnen und waren friedlich. Keine Gewalt von den Demonstranten! Polizei setzt Tränengas und Schlagstock gegen das Unbewaffnete Volk ein!“ Da fragt sich schon, ob wir den Rechtsradikalismus erst bekämpfen sollen, wenn er sich bewaffnet (was er ja, wie wir wissen, leider in anderen Zusammenhängen schon getan hat).

Der andere Link führte zu einem Online-Portal namens „Rubikon“, dessen Eigenwerbung lautet: „Wir berichten über das, was in den Massenmedien nicht zu finden ist.“ Dort gab es einen Text, in dem ein Redakteur des Portals, ehemals Korrespondent der staatlichen russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti, seinen Eindruck wiedergab. Kurz zusammengefasst: Zwar sei eine Minderheit von Rechten dabei gewesen, aber insgesamt habe es sich um einen braven Protest besorgter Bürgerinnen und Bürger gehandelt, der von der Polizei „rechtswidrig“ behindert worden sei.

Was lässt sich dem Kritiker antworten? Zunächst: Sicher nicht, dass die Frankfurter Rundschau oder gar „die Medien“ alles richtig machen, ob bei Corona oder bei anderen Themen. Aber auch das: In Begriffen wie „tendenziös“ und „regierungsnah“ schwingt ja die Unterstellung mit, da werde bewusst etwas falsch dargestellt oder unterdrückt. Solche Vorwürfe, die manchmal auch offen ausgesprochen werden, sind nicht nur falsch. Sie lenken vor allem auch ab von den Schwächen und den Fehlern, die es in den etablierten Medien sehr wohl gibt. Das soll im

Folgenden etwas ausführlicher erläutert werden.

Der Text, auf den der Leser verlinkt hatte, entsprach ja genau genommen nicht dem Slogan des Portals, auf dem er erschien („...was in den Massenmedien nicht zu finden ist“). Über die Demonstration hatte auch die FR berichtet, und der Leitartikel hatte ausdrücklich betont, dass Protest gegen die Pandemie-bedingte Einschränkung von Freiheitsrechten sehr wohl legitim und in mancher Hinsicht auch notwendig sei.

Was der Leser in der FR beziehungsweise ganz pauschal „in den Massenmedien“ vermisste, kann also nicht eine ausführliche Berichterstattung und Einordnung gewesen sein. Die gab es ja. Was ihm fehlte, waren offenbar Texte, die das Ganze genauso sahen wie er. Was ihn störte, war eine Perspektive auf das Ereignis, die er nicht teilt. Zugespitzt formuliert: Die FR hat für ihn die „falsche“ Meinung.

Das ist kein Einzelfall, und damit sind wir, um zur ersten Schlussfolgerung zu kommen, an einem für den öffentlichen Diskurs entscheidenden Punkt: Gestehen wir einander zu, die Welt unterschiedlich zu betrachten? Ertragen wir es, dass es zum gleichen Ereignis unterschiedliche Sichtweisen und Einschätzungen gibt – was ja Kritik an der Wiedergabe und der Gewichtung durch ein Medium nicht ausschließt? Oder akzeptieren wir nur das, was unserem eigenen Weltbild entspricht, als „wahr“, während wir alle, die es anders sehen, der Lüge bezichtigen oder sie als Teil eines systematisch die „Wahrheit“ unterdrückenden Komplotts der Mächtigen verdächtigen?

Hier liegt ein Problem, das Redaktionen aller möglichen Mediengattungen inzwischen schwer zu schaffen macht: Dass sie immer eine Auswahl treffen müssen, worüber sie berichten und mit welchen Schwerpunkten, wird manchmal einfach nicht mehr akzeptiert, wenn die Auswahl den eigenen Wahrnehmungen nicht entspricht. Da wird schlicht ignoriert, dass es sich bei einem fehlenden Aspekt, einer nicht gehörten Stimme, einer irrtümlichen Gewichtung einfach um eine Fehleinschätzung handeln kann. Einen Fehler,

wie er auch Menschen passiert, die nach bestem Wissen gehandelt haben. Auch das kalkulieren die Fundamentalkritikerinnen und Pauschalkritiker schon gar nicht mehr ein. Sie sortieren den Fehler stattdessen ein in die Erzählung von Medien als Teil der „Eliten“, die die Wahrheit gezielt unterdrücken.

Allerdings, und das ist die zweite Schlussfolgerung: Es hilft nichts, wenn wir, die Medien, uns diesen Verdächtigungen entgegenstellen. Wir müssen die ersten sein, die die eigenen Mängel und Versäumnisse – und deren Ursachen – glaubhaft erläutern. Eine pauschale Verteidigungshaltung würde negative Pauschalurteile nur spiegeln, nicht widerlegen.

Natürlich passieren Fehler schlicht und einfach auch deshalb, weil in Redaktionen Menschen arbeiten. Weil die schnellen Einschätzungen bei der Auswahl, der Präsentation und der Kommentierung von Ereignissen naturgemäß einer ruhigeren Bewertung am nächsten Tag nicht immer standhalten können. Es wäre ganz nett, wenn unsere schärfsten Kritikerinnen und Kritiker auch das einmal berücksichtigen würden – die FR-Redaktion wird sich ihrerseits zu Fehlern und Fehleinschätzungen, auf die sie hingewiesen wird, auch öffentlich bekennen.

Aber es gibt noch wesentlich mehr Aspekte, auf die gerade Journalistinnen und Journalisten sehr genau schauen sollten, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit nicht selbst in Frage stellen wollen.

Zunächst sollten wir nicht selbst in die „Objektivitätsfalle“ tappen. Was ist damit gemeint? Ganz sicher nicht, dass wir aufhören sollten, so wahrhaftig und vollständig zu berichten, wie es nur geht. Dass unterschiedliche Quellen genutzt, voneinander abweichende Stimmen gehört und so wahrhaftig wie möglich wiedergegeben werden müssen – das ist und bleibt zentraler Bestandteil des journalistischen Handwerks.

Mit „Objektivitätsfalle“ ist etwas anderes gemeint: Auch Medienleute sollten nicht glauben, jemals im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein – selbst nach intensivster Recherche nicht. Wer immer einen Gegenstand betrachtet, tut das mit seinen

*Wir müssen die Ersten sein, die die eigenen Versäumnisse glaubhaft erläutern. Eine pauschale Verteidigungshaltung würde negative Pauschalurteile nur spiegeln, nicht widerlegen.*

Fortsetzung auf Seite 20

